



EKD-Texte 134

Demokratie, Bildung und Religion: Gesellschaftliche Veränderungen in Freiheit mitgestalten

Impulse für die demokratiebezogene Bildungs-
arbeit in kirchlichen Handlungsfeldern



Evangelische Kirche
in Deutschland

Demokratie, Bildung und Religion: Gesellschaftliche Veränderungen in Freiheit mitgestalten

Impulse der Kammer der EKD
für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend
für die demokratiebezogene Bildungsarbeit
in kirchlichen Handlungsfeldern

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Herausgegeben von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Herrenhäuser Straße 12 | 30419 Hannover

Telefon: 0800 50 40 60 2

www.ekd.de

Juli 2020

Bestellung: versand@ekd.de

Download: www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ekd_texte_134_2020.pdf


Coverabbildung: © pixabay

Satz: druckhaus köthen GmbH & Co. KG

klimateutral auf 100% Recyclingpapier gedruckt



INFO SERVICE
Evangelische Kirche

 **0800 - 50 40 60 2**

 **info@ekd.de**

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	7
Der Text in Kürze	11
1. Die Demokratie vor Herausforderungen	13
Veränderungen in der Akzeptanz der demokratischen Ordnung	13
Demokratie – die politische Lebensform der Freiheit	14
Konfliktfelder demokratischer Bewährung	15
2. Demokratiebezogene Bildung	19
Das Defizit an demokratiebezogener Bildung	19
Bildung benötigt Demokratie – Demokratie braucht Bildung	20
3. Das Angebot: Religiöse Bildung in reformatorischer Tradition als Lebensform der Freiheit	23
Demokratie in der Kirche	23
Religiöse Bildung und demokratiebezogene Bildung im Raum der Kirche	25
Gütemerkmale demokratiebezogener Bildung in evangelischer Verantwortung	29
Religiöse Lernorte und demokratiebezogene Bildung	30
4. Evangelisch für Demokratie – sieben Thesen	33
Literatur	34
Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend	35
AG Demokratiebezogene Bildung	36

Vorwort

Demokratie ist nichts Selbstverständliches. Sie ist eine anspruchsvolle und voraussetzungsreiche Lebensform, die auf die Zustimmung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist. Wir alle müssen uns für die Demokratie engagieren und sie stärken!

Um Demokratie zu verstehen, reicht es nicht, allein die politischen Strukturen und Prozesse zu kennen, auch wenn dies wichtig ist. Der demokratische Umgang miteinander muss vielmehr immer wieder gelernt und demokratische Kultur muss eingeübt und weiterentwickelt werden. Deswegen ist demokratiebezogene Bildung so wichtig.


Religiöse Bildung trägt zur demokratiebezogenen Bildung bei. Das mag angesichts der ambivalenten Geschichte der Kirche mit der Demokratie bis ins 20. Jahrhundert hinein manche verwundern. Auch wenn es noch heute zu fundamentalistischen Verengungen kommen kann, bestehen zwischen einer gebildeten Religion und demokratiebezogener Bildung zahlreiche positive Wechselwirkungen. Nach reformatorischem Verständnis richtet der Glaube den Menschen aus seiner Selbstverkrümmung auf und öffnet ihn so für Selbstkritik und Selbstbegrenzung. Die Freiheit des einzelnen Christenmenschen äußert sich auch politisch. »Wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.« (2Kor 3,17)

Die Zusammenhänge von Demokratie, Bildung und Religion zu verstehen und zu verdeutlichen, ist angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen für die Demokratie in unserem Land und weltweit umso nötiger. Phänomene wie der Aufstieg des Rechtspopulismus oder die Empfänglichkeit für *fake news* im Zeitalter digitaler Informationskanäle verweisen dabei auf tiefer liegende Konfliktfelder. Zwar zeigt sich in der in ihren Auswirkungen noch gar nicht fassbaren Corona-Krise aktuell, wie handlungsfähig die Demokratie ist. Gleichzeitig wird besonders spürbar, wie wichtig die öffentliche Begegnung für die Demokratie ist.

Die evangelische Kirche setzt sich bereits in vielfältiger Weise für die Demokratie ein. Dennoch gilt es, in allen kirchlichen Handlungsfeldern selbstkritisch zu prüfen, wo wir die demokratiebezogene Bildung und Entwicklung unserer Gesellschaft verstärkt und noch besser unterstützen können.

Die von der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend dazu erarbeiteten Impulse schreiben die bisherigen Veröffentlichungen der EKD zur Demokratie unter der Bildungsperspektive fort und wurden im Rat der EKD mit großer Zustimmung aufgenommen. Mit ihrer Veröffentlichung verbindet sich ein herzlicher Dank an die Mitglieder und Mitarbeitenden der Kammer. So wünsche ich diesem Text bei allen, die sich in der Kirche, aber auch sonst in Staat und Gesellschaft mit den Fragen und Anliegen von Demokratie und Bildung auseinandersetzen, Aufmerksamkeit und Verbreitung.

Hannover, im Juli 2020

A handwritten signature in black ink, reading "Heinrich Bedford-Strohm". The signature is written in a cursive style with a large, prominent initial 'H'.

Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland

Einleitung

In diesem Text werden der Bezug zwischen Demokratie, Bildung und Religion reflektiert und Impulse für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der demokratiebezogenen Bildungsarbeit in Handlungsfeldern der evangelischen Kirche gegeben. Viele hier Tätige setzen sich intensiv für die Demokratie ein. Sie sollen bestärkt und ermutigt werden. Zugleich soll dieser Text dazu anregen und motivieren, Elemente demokratiebezogener Bildung auch in kirchlichen Handlungsbereichen zu entdecken, wo die damit verbundenen Aufgaben und Möglichkeiten bisher nicht im Mittelpunkt standen. In diesem Sinne zielen die vorliegenden Impulse darauf, Verantwortliche in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung vor allem innerhalb der Kirche im Hinblick auf demokratiebezogene Bildung zu sensibilisieren und zu unterstützen.

Diese Vergewisserung und Stärkung ist aus den folgenden fünf Gründen notwendig: (1) Zum einen erhärtet sich der Eindruck, dass für demokratiebezogene Überzeugungen in Deutschland mehr getan werden muss. (2) Zum anderen sind die Erwartungen an die demokratiebezogene Bildung im Blick auf die notwendigen politischen Anstrengungen und Weichenstellungen zur Bewältigung der Klimakrise und der Herausforderungen einer durch die Digitalisierung sich im Umbruch befindenden Gesellschaft aktuell besonders hoch. (3) Ferner wird zunehmend angefragt, wo die Grenzen des gesellschaftlichen Diskurses liegen. Der Ton der politischen Auseinandersetzung verschärft sich, und mühsam errungene Fortschritte hinsichtlich der Ächtung rassistischer und antisemitischer Äußerungen und der Ziele einer möglichst gewaltfreien Kommunikation sind in Frage gestellt. (4) Außerdem lässt sich beobachten, dass in der Diskussion um demokratiebezogene Bildung die besondere Bedeutung religiöser Bildung oft nicht im Blick ist oder »Religion« manchmal sogar als Problem für die Demokratie gesehen wird. (5) Schließlich ist die Kirche selbst gefordert, in ihren eigenen Handlungsfeldern zu mehr demokratiebezogener Klarheit zu kommen; die genannten Probleme zeigen sich auch im Raum der Kirche.

Mit diesem Text soll deshalb auch an die Wechselwirkungen von demokratiebezogener und religiöser Bildung erinnert und damit das Bewusstsein für diese Dimension von Bildung innerhalb und außerhalb der Kirche geschärft werden. Bildung schützt nicht automatisch vor antidemokratischem Denken. Bildung muss die Werte der Demokratie eigens mittransportieren.

Wenn im Folgenden von demokratiebezogener Bildung die Rede ist, sind damit über die unmittelbare politische Bildung hinaus auch jene vopolitischen Bereiche eingeschlossen, die für eine Demokratie unabdingbar sind, aber nicht das Kernanliegen der politischen Bildung im engeren Sinne darstellen. Umgekehrt wird aus dem großen Feld der politischen Bildung nur jener Bereich herausgegriffen, der sich unmittelbar auf die Förderung der Demokratie bezieht. Insgesamt spielt demokratiebezogene Bildung für eine funktionierende Demokratie eine Schlüsselrolle; Demokratie ist eine voraussetzungsreiche gesellschaftliche Ordnung, die auf die Mündigkeit, die Urteilsfähigkeit und die politische Teilhabe ihrer Bürgerinnen und Bürger und die damit notwendig verbundenen Bildungserfordernisse angewiesen ist. Dabei ist Demokratie »eine Staatsform nicht nur für Gebildete« (Konsens und Konflikt, EKD 2017, 21), sondern sie braucht ein demokratisches Grundverständnis möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger.

Die evangelische Kirche ist nicht die Institution, die sich schon immer für Demokratie eingesetzt hat oder darin besser ist als andere. Gleichwohl bringt sie mit ihrer demokratischen Verfasstheit, der Bedeutung von Synoden und frei gewählten Kirchenvorständen, ihrem hohen zivilgesellschaftlichen Engagement sowie dem zugrunde liegenden christlichen Verständnis des Menschen und dem damit verbundenen Ideal der Gleichheit aller Menschen vor Gott gute Voraussetzungen mit, in der evangelischen Bildungsarbeit Demokratie zu leben und erlebbar zu machen.

Zu Herausforderungen und Aufgaben der Demokratie hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) bereits verschiedentlich geäußert. In ihrer grundlegenden Denkschrift »Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe« (1985) hat sie sich zur Demokratie des Grundgesetzes bekannt und herausgearbeitet, welche Anforderungen damit an jede Bürgerin und jeden Bürger wie auch an die Kirche selbst verbunden sind. Unter dem Titel »Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung« hat die Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung in jüngerer Zeit »Zehn Impulse zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland« gegeben (2017). Ferner haben die evangelische und die katholische Kirche unter dem Titel »Vertrauen in die Demokratie stärken« im vergangenen Jahr erneut ein »Gemeinsames Wort« veröffentlicht und darin die Bereitschaft verdeutlicht, durch Engagement aus christlicher Überzeugung die Demokratie zu stärken.

Dieser Text knüpft an die genannten Verlautbarungen an und zieht ihre Linien vor allem hinsichtlich der damit verbundenen Bildungsimplicationen weiter aus. Zudem macht er deutlich, dass demokratiebezogene Bildung über bloße Kenntnisse politischer Institutionen und Abläufe weit hinausreicht. Sie legt vielmehr Grundlagen für eine für Vielfalt sensible Identität, schafft emotionale Grundierungen für demokratiebezogene Prozesse und ermöglicht vielfältige Formen der Teilhabe und Partizipation.

Schließlich braucht demokratiebezogene Bildung Rahmenbedingungen – und muss gleichzeitig für diese eintreten –, die allen gerechte und materiell auskömmliche

Lebensbedingungen ermöglichen. Insofern kann demokratiebezogene Bildung nicht reparieren, was in den grundlegenden politischen Weichenstellungen nicht angemessen berücksichtigt wird. Jedoch ist es umgekehrt nicht möglich, diese Weichen richtig zu stellen, wenn es dafür keinen Grundkonsens in der Bevölkerung gibt. Demokratisches Handeln und demokratiebezogene Bildung sind ineinander verflochten und wechselseitig aufeinander bezogen. Deshalb ist es wichtig, zur Förderung der Demokratie nicht allein auf Bildung zu setzen. Die demokratische Ordnung ist auch darüber hinaus voraussetzungsreich: Ökonomische Gerechtigkeit ist dafür ebenso unabdingbar wie die politische Gestaltung gesellschaftlicher Kohäsion oder eine globale Ordnungs- und Klimapolitik.

Die an das Ende dieses Textes gestellten Thesen korrespondieren mit dessen Anliegen und beschreiben in kompakter Form, warum sich evangelische Christinnen und Christen aus ihrem Glauben heraus leidenschaftlich und streitbar für die Demokratie einsetzen sollten. Sie wurden unter dem Titel »Dein Glaube – Deine Demokratie. Ein protestantischer Aufruf zur Stärkung der Demokratie der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend« bereits im Jahr 2019 veröffentlicht.

Der Text in Kürze

Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass Entscheidungsfindungen in der Demokratie angesichts neuer Formen gesellschaftlicher Öffentlichkeit in den neuen Medien sowie den Herausforderungen der Globalisierung und des Klimawandels komplexer geworden sind. Damit besteht die Gefahr, auf diese Komplexitätssteigerung nicht durch komplexe Lösungen zu reagieren, sondern den Verlockungen falscher Vereinfachungen, zum Beispiel hinsichtlich nationalistischem Gedankengut, fremdenfeindlichen Impulsen oder technokratischen Vereinfachungen zu erliegen.

Aufgeklärte, freiheitliche Orientierung, die durch (*demokratiebezogene*) *Bildung* vermittelt werden kann, erleichtert den Umgang mit dieser Komplexität. Sie eröffnet Ambiguitätstoleranz und damit das Abwägen zwischen möglichen Lösungen und das Aushalten von Unsicherheit. Sie ermöglicht die Toleranz, die für die Stärkung von schwachen Positionen (etwa von Menschen und Gruppen, die sich nicht hinreichend selbst artikulieren können) oder von innovativen Positionen, die zunächst noch nicht mehrheitsfähig sind, notwendig sind. Demokratie lebt davon, die eigene Position im Ringen um Kompromisse einerseits zu vertreten, aber andererseits auch zurücknehmen zu können.

Religion hat eine der Demokratie ähnliche Komplexitätsstruktur. Sie ist einerseits anfällig für fundamentalistische Vereinfachung. Andererseits schützt sie vor Selbstverabsolutierung und -totalisierung im gesellschaftlichen Raum und eröffnet Transzendenz, Angenommen-Sein und Beheimatung, d. h. Haltungen, die Orientierung angesichts von Komplexität ermöglichen. Evangelisches Christsein verkörpert und tradiert hier ein Verständnis von Verantwortung in Freiheit, durch das individuelle Freiheit und die Orientierung am Gemeinsinn ausbalanciert werden. Religionsausübung in reformatorischer Tradition organisiert sich selbst als Kirche in demokratischen Strukturen. Damit dieses Potenzial entfaltet werden kann, ist religiöse Bildung unabdingbar.

Religiöse Bildung kann zu demokratiebezogener Bildung beitragen, indem sie dazu anregt, die demokratische Verfasstheit der Kirche und deren Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen. Sie leistet einen Beitrag zur demokratiebezogenen Bildung, indem sie darüber hinaus wesentliche Kompetenzen vermittelt, ohne die eine Demokratie nicht auskommt; sie trainiert quasi für den Umgang mit gesellschaftlicher Komplexität: Zum Beispiel wird durch sie nicht nur der Verstand, sondern auch vielfältige andere Ausdrucksformen der Seele, etwa in der Musik, in der Sprache und in vielfältigen Formen des Rituals und der Liturgie kultiviert. Damit wird Ambiguitätstoleranz nicht nur im Rationalen ermöglicht. Sie eröffnet Partizipation und Wertschätzung für alle Schichten und Bevölkerungsgruppen. Nicht zuletzt bietet die Kirche vielfältige Partizipationsmöglichkeiten und Formen der Öffentlichkeit, große und kleine unterschiedliche Lernorte und Erfahrungsräume.

1. Die Demokratie vor Herausforderungen

Entgegen mancher Dystopien ist festzuhalten: Die demokratische Ordnung in Deutschland ist gefestigt, die Institutionen sind intakt und die demokratischen Verfahren eingespielt. Deutschland ist eine stabile Demokratie. Und doch verändert sich die Akzeptanz der demokratischen Ordnung.

Veränderungen in der Akzeptanz der demokratischen Ordnung

Diese Veränderungen sind bedingt durch die Komplexitätszunahme des sozialen Wandels. Begriffe wie »Globalisierung« und »Digitalisierung« bündeln eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen Veränderungen, die sich dynamisch überlagern. Zusammen rufen sie für viele Menschen den Eindruck eines bedrohlichen Wandels hervor: Globale Mobilität von Menschen, von Kapital, Gütern und Dienstleistungen verunsichert. Manche Menschen fühlen sich als Verlierer dieser Prozesse, empfinden sie als eine kulturelle Bedrohung oder haben Angst vor dem ökonomischen Abstieg. Diese Komplexitätszunahme führt zu einem Verlust demokratischen Vertrauens.

Die Abwehr und Abgrenzung gegenüber Fremden und Anders-Denkenden scheint nationalistisches Denken zu fördern. Dies zeigt sich unter anderem im Populismus, in politischer Polarisierung, in Verschärfungen der politischen Rhetorik sowie in politisch motivierter Gewalt im öffentlichen Raum. Negative Emotionen werden sichtbarer als bisher. Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden zunehmend aggressiv bedroht.

Die Digitalisierung bietet neue Formen der Information, der Meinungsbildung und der Mobilisierung, aber auch Foren für Diffamierung und die bewusste Streuung von falschen Informationen und Behauptungen. Eine freie und kritische Öffentlichkeit ist unabdingbar für die Machtbalance in einer Demokratie. Die Diskreditierung von freier Meinungsbildung und -äußerung ist ein ernstzunehmendes Alarmsignal. Fake-News bedrohen demokratische Spielregeln, da eine verantwortliche Meinungsbildung nur gelingen kann, wenn diese auf zutreffende Fakten und Bewertungen zurückgreifen kann. Zukunftsherausforderungen wie Fragen der Klimagerechtigkeit werden nicht so entschlossen angegangen, wie dieses notwendig wäre.

Angesichts einer komplexer und globaler werdenden Welt und der Verflochtenheit aller Lebensbereiche ist es schwieriger geworden, zu tragfähigen Meinungen und Entscheidungen zu kommen bzw. im Meinungsbildungsprozess diese Komplexität einzuholen.

Durch diese Entwicklungen droht die demokratische Ordnung an selbstverständlicher Zustimmung zu verlieren und das Vertrauen zu schwinden, auf das demokratische Institutionen angewiesen sind. Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Ordnung scheint nicht mehr überall selbstverständlich. Für diese Zustimmung muss man sich einsetzen: Deswegen ist demokratiebezogene Bildung unabdingbar.

Demokratie – die politische Lebensform der Freiheit

Die Demokratie ist aus der Überzeugung entstanden, dass politische Macht der Legitimation und Kontrolle durch die Mitglieder eines Gemeinwesens bedarf, ein Ausgleich von Interessen durch die Beteiligung an politischen Entscheidungen geschaffen wird, der damit Frieden fördernd wirkt. Diese Form hat sich bewährt.

Das mit der Demokratie als Staatsform gegebene »demokratische Versprechen« (Möllers 2012) heißt: Menschen erkennen sich einander als Freie und Gleiche an und organisieren damit die Ordnung von Herrschaft, die notwendig ist, um Freiheit und Gleichheit zu bewahren. Diese Ordnung wendet sich gleichermaßen gegen den Machtmissbrauch Einzelner und den des Staates. Dieses demokratische Versprechen verdichtet sich in demokratischen Werten, Institutionen und Verfahren. Die repräsentative Demokratie ruht auf dem normativen Fundament der Menschenwürde und der Menschenrechte, die durch eine rechtsstaatliche und sozialstaatliche Ordnung gewährleistet werden. Die nationalstaatlich verfasste Demokratie ist nach der einen Seite hin eingebettet in eine internationale Kooperations- und Friedensordnung; sie ist nach der anderen Seite hin eingebettet in ein Ensemble »entgegenkommender Lebensformen« (Jürgen Habermas), in eine politische Kultur, die über Öffentlichkeit, Sprache und geteilte historische Erfahrungen Partizipation ermöglicht. Die Demokratie ist damit plural; die freie Meinungsäußerung unter Anerkennung dieser Werte sowie der Schutz von Minderheiten sind die zwingende Grundlage dieser Pluralität. Sie ermöglicht Freiheit und ist damit auf mündige Bürgerinnen und Bürger, eine kritische Öffentlichkeit und Meinungsbildung, sowie die Auseinandersetzung mittels Argumenten angewiesen.

Damit ist die Demokratie eine voraussetzungsreiche Herrschaftsform. Sie bedarf einer entsprechenden Öffentlichkeit, Transparenz, Beteiligung und Möglichkeiten der Meinungsbildung. Demokratie muss sich immer wieder neu aus der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger regenerieren. Die demokratische Ordnung ruht nicht nur auf den

Verfahren der repräsentativen Demokratie, sondern auch auf einem demokratischen Ethos, das sich im gemeinsamen Handeln zeigt. Sie ist also darauf angewiesen, dass Menschen gemeinsam diskutierend die besten Optionen suchen, dass sie einander zuhören, mühsam Kompromisse suchen, aufeinander zugehen und in sich gegenseitig achtender Weise verhalten, nicht lügen und die Grundlagen ihrer Entscheidungen kennen und reflektieren.

Die Demokratie ist darauf angewiesen, dass dieses Ethos mehrheitlich gesellschaftlich gestützt wird. Religionen können in der Förderung dieses demokratischen Ethos eine wichtige Rolle spielen.

Die Demokratie muss heute angesichts der oben genannten Probleme und Herausforderungen gute Gründe für ihre Funktionsfähigkeit geben und ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Dies gilt umso mehr, als die Zurechenbarkeit von politischen Entscheidungen angesichts der wachsenden Komplexität und internationalen Verflochtenheit vielfach diffus geworden ist: Transnationale Akteure engen den Spielraum nationaler Politiken ein. Aufgaben wie Klimagerechtigkeit oder die Bekämpfung von Fluchtursachen sind globale Aufgaben, die internationale Regelungen erfordern. Die demokratischen Verfahren und politischen Lösungen sind jedoch bis jetzt oft nur lokal oder regional organisiert. Diese Komplexität kann einschüchtern und simple Beschreibungen als attraktiv erscheinen lassen. Dennoch entstehen aber auch Optionen für lokale Lösungen und Engagement vor Ort, die es zu nutzen gilt.

Konfliktfelder demokratischer Bewährung

Die skizzierten Krisenphänomene können als Konflikte um die Leistungsfähigkeit der Demokratie – in Deutschland und in vielen anderen Ländern – beschrieben werden.

Folgende Konfliktfelder stechen dabei besonders ins Auge, weil Themen zurück auf die politische Agenda kommen, die als nahezu überwunden galten: die Frage von Identität und Zugehörigkeit bzw. der Grenzen von Pluralität und Verschiedenheit, die Frage, wie mit Emotionalität im öffentlichen Raum umgegangen werden kann bzw. die Frage des Verhältnisses eigener Empfindung und rationaler Argumentation, die Frage nach demokratischer Repräsentation und damit nach Formen der direkten und indirekten Beteiligung. Zudem entstehen neue Spannungen zwischen Unmittelbarkeit und Reflexivität hinsichtlich der Frage dessen, was im politischen Diskurs Geltung beanspruchen darf. Und letztens wird spätestens in der Klimakrise sichtbar, dass die

jahrhundertlang praktizierte Externalisierung gesellschaftlicher Probleme an ihre natürliche Grenze gekommen ist.

(1) *Identität und Zugehörigkeit*: Migration und Zuwanderung sind in den vergangenen Jahren zu einer bedeutsamen Projektionsfläche des politischen Konflikts um Fragen von Identität und Zugehörigkeit geworden. Offenheit für Schutzsuchende und Zuwanderung in Mangelberufe sind für die einen Teil der politischen Identität einer offenen Gesellschaft und für andere eine empfundene Bedrohung kultureller Identität. In der Auseinandersetzung um Zugehörigkeit und um Identität in einer zunehmend globalisierten Gesellschaft wird um Fragen der Zugehörigkeit und Identität angesichts der Pluralisierung von Lebensformen gerungen. Die Vorstellungen und Gefühle darüber, wie gesellschaftliche Kohäsion entsteht, sind divers und ambivalent. Die Herausforderung besteht darin, Zugehörigkeiten so zu fassen und auszubilden, dass Pluralisierungsformen keine Bedrohung darstellen.

(2) *Affekte, Emotionen und Argumente*: »Zeitalter des Zorns« nennt der indische Essayist und Wissenschaftler Pankaj Mishra die Gegenwart (Mishra 2017) – das gilt auch für manche Entwicklungen und Ereignisse in Europa. Wo Protest in Gewalt umschlägt, müssen Grenzen der demokratisch legitimen Auseinandersetzung markiert und durchgesetzt werden. Demokratie lebt einerseits vom rationalen Austausch der Argumente, sie braucht andererseits auch die starke und emotionale Identifikation. Die emotionale Identifikation mit einer freiheitlichen Demokratie erscheint für manche als zu wenig stark, ja sogar als langweilig und wenig faszinierend. Es scheint zudem so, dass die gesellschaftliche Bevorzugung des Rationalen in einer Zeit, in der die persönliche Singularität in anderen gesellschaftlichen Bereichen besondere Aufmerksamkeit erhält (Reckwitz 2017), an Attraktivität verliert und stärkere Emotionen an Bedeutung gewinnen. Die Herausforderung besteht darin, Emotionen, die zu einer Identifizierung mit einer freiheitlichen Demokratie führen, hervorzubringen.

(3) *Repräsentation und Teilhabe*: Den Parteien kommt in der Demokratie die Aufgabe zu, Interessen zu vertreten und Gefühlslagen zu bündeln und in den politischen Prozess einzubringen. Die klassischen Volksparteien waren in ihren jeweiligen sozialen Milieus verankert. Diese Milieus haben sich weiter ausdifferenziert, und die bisherigen Volksparteien verlieren an Bindekraft. Angesichts von Wahlbeteiligungen um 60 Prozent hat man von einer »Zweidritteldemokratie« bzw. einer »Repräsentationslücke« gesprochen (Merkel 2016a; b). Das heißt auch: Ein Drittel der Wählerschaft nahm nicht aktiv am politischen Leben teil. Neue Parteien entstehen, die die politische Rhetorik mitunter über die Grenzen der Legitimität hinaus verschärfen. Zum Teil geht dieses

mit einer harschen Kritik an Formen der Repräsentation einher, ohne dass konstruktive neue Modelle sichtbar würden. Diese Rhetorik spricht vor allem diejenigen an, die sich selbst außerhalb der politischen Teilhabe sehen. Die Herausforderung besteht also darin, unter diesen Bedingungen politische Teilhabe zu ermöglichen und Parteien so zu organisieren, dass sie trotz aller Probleme die Interessen der Bevölkerung aufnehmen und abbilden.

(4) Unmittelbare Wahrnehmung und Geltung: Die demokratische Meinungsbildung ist darauf angewiesen, dass politische Entscheidungen gefällt werden, die auf Basis einer zumindest in Ansätzen konsensuellen Problemwahrnehmung und -beschreibung beruhen. Dabei ist es von Bedeutung, zwischen Fakten und Meinungen unterscheiden zu können, um über die Bewertung von Fakten in einen konstruktiven Meinungsaustausch kommen zu können. Bisher bestand der – nicht immer zutreffende – Eindruck, dass Fakten durch die Wissenschaft und einen verantwortlichen Journalismus bereitgestellt wurden. Durch die Digitalisierung ist der Chor der Positionen unübersichtlicher geworden, und alte Formen der Herstellung von Geltung über Formen der intersubjektiven Überprüfung greifen immer weniger. Die neue Unmittelbarkeit ist einerseits eine Chance für die Demokratie, als dass potenziell jeder und jede sich zu Wort melden und seine bzw. ihre Perspektive sichtbar machen kann. Andererseits entstehen damit neue Probleme in der Generierung von Geltung bzw. der Grundlagen, auf denen politische Meinungsbildungsprozesse sinnvoll aufbauen können. Damit erhält die Kenntnis über die Generierung von Wissen und den Bedingungen der Kommunikation von Wissen im Internet neue Bedeutung; beruhen in letzterem die Regeln der Kommunikation weniger auf Geltung denn auf Aspekten wie Klickhäufigkeit (Referentialität) und Algorithmen der Informatik (Stalder 2016). Sich auf diese Veränderungen im Hinblick auf die Organisation von Meinungsbildungsprozessen, von Öffentlichkeit und von Kommunikationsstrukturen einzustellen, ist eine neue Herausforderung.

(5) Das Ende der Externalisierung politischer Probleme: Jahrhundertlang wurden gesellschaftliche Herausforderungen in oft problematischer Weise externalisiert. Gerechtigkeitsprobleme wurden durch Auswanderung entschärft, Müll wurde exportiert und Luftverschmutzung sowie das Ozonloch machten sich an Stellen des Planeten bemerkbar, die weit von den Verursachenden entfernt waren. Spätestens mit der Klimakrise ist deutlich geworden, dass der Planet nur noch als gemeinsamer wahrgenommen werden kann. Die Bearbeitung dieser gemeinsamen Herausforderung stellt an politische Prozesse und an das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger jedoch Anforderungen neuer Art hinsichtlich des globalen Verständnisses und der Bereitschaft an Verhaltensänderung.

An diesen Themen zeigen sich politische Polarisierung einerseits und weltgesellschaftliche Komplexität andererseits, und nicht zufällig sind dies die Mobilisierungsthemen für populistische Akteure. Man kann aber auch davon sprechen, dass mit der Konjunktur dieser Themen eine Repolitisierung stattfindet. Nach vielen ruhigen Jahren eines von der Exekutive geprägten Politikstils wird jetzt wieder über die Grundfragen des Gemeinwesens gestritten. Diese Konflikte müssen ausgetragen und die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu demokratischen Grundwerten neu errungen werden. Da diese Aspekte jeweils im politischen Leben nicht getrennt voneinander zu sehen sind, sondern untereinander verwoben auftreten, entfalten sie eine deutliche Prozessdynamik.

Die Frage lautet also: Wie können angesichts der Bedeutung von Identität und Zugehörigkeit, der Emotionalisierung des Politischen, der Krise der Repräsentation, der Frage nach Wahrheit angesichts von Fake-News und den globalen Herausforderungen der Klimakrise die politische Teilhabe gefördert und gestärkt werden? Wie kann Konsens zur Lösung der anstehenden Probleme gefunden werden?

Die beschriebenen Herausforderungen für die Teilhabe an der Demokratie verweisen bereits indirekt auf die »Selbstzuordnungsleistung« (Scheunpflug 2019), die jeder und jede Einzelne in die heutige Gesellschaft selber vornehmen muss. Politisches Engagement erfordert ein Grundverständnis von Demokratie und ein soziales Verhalten, das befähigt, eine Rolle in einer abstrakten sozialen Gesellschaft zu finden und die mit ihr verbundenen Aushandlungsprozesse anzunehmen. Um dieses jedoch möglich zu machen, sind Zugehörigkeit, der rationale Diskurs und das Gefühl, anerkannt zu werden grundlegend. Damit ist man in einer paradoxen Situation; denn politische Teilhabe benötigt jene Voraussetzungen, die gerade bei fehlender Teilhabe nicht gelernt wurden.

An dieser Stelle setzen die nachfolgend beschriebenen Herausforderungen demokratiebezogener Bildung an.

2. Demokratiebezogene Bildung

Wie können Menschen auf diese Herausforderungen im Politischen vorbereitet werden? Was müssen sie lernen, um mit diesen Ambiguitäten konstruktiv umzugehen? Mit diesen Fragen sind die Anforderungen an Angebote der demokratiebezogenen Bildung umrissen. In diesem Text wird von »demokratiebezogener Bildung« gesprochen, da aus dem großen Feld der politischen Bildung nur jene Aspekte hervorgehoben werden, die sich dezidiert auf die Unterstützung der Demokratie beziehen.

Das Defizit an demokratiebezogener Bildung

Es ist ein Defizit an demokratiebezogener Bildung in Deutschland zu konstatieren, das an zwei Problemen sichtbar wird:

Zum einen zeigt sich, dass die *Vermittlung von demokratierelevanten Kenntnissen* – zumindest im Bereich der Schule – nicht hinreichend gelingt. Die letzte International Civic and Citizenship Study (eine internationale Vergleichsstudie, die politische Einstellungen misst; Abs & Hahn-Laudenberg 2017) hat gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler in Deutschland auf ihre Rolle und ihre Aufgaben in der Demokratie nicht hinreichend vorbereitet werden:

- So bleiben deutsche Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf politisches Wissen und politische Argumentation hinter Schülerinnen und Schülern aus dem europäischen Durchschnitt oder gar aus Skandinavien deutlich zurück.
- Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und politischem Desinteresse ist in Deutschland stark ausgeprägt.
- 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler erleben keine demokratischen Formen in der Schule und geben beispielsweise an, im letzten Schuljahr keinen Klassensprecher bzw. keine Klassensprecherin gewählt zu haben.

Die Studie machte zudem deutlich, dass Lehrerinnen und Lehrer, die nicht an Gymnasien unterrichten, zu wenig fachlich auf ihre Aufgabe als Politiklehrkräfte vorbereitet werden. Diese Befunde ließen sich vermutlich auch für andere Berufsgruppen, bzw. das Erwachsenenalter verallgemeinern; allerdings liegen dazu bisher keine ähnlichen empirischen internationalen Vergleichsstudien vor.

Zum anderen zeigt sich, dass das oben beschriebene demokratische Ethos und damit auch der Umgang mit Zugehörigkeit, Emotionen und Repräsentation *nicht in Wissens-*

bereichen aufgehoben ist. Bildung im schulischen Kontext findet in einem Umfeld statt, das häufig gerade den Jugendlichen, die sich nicht voll integriert fühlen, das Gefühl von Anerkennung versagt; damit wird eine zentrale Vorbedingung politischer Partizipation nicht erfüllt. Zudem ermöglicht es der unterrichtliche Rahmen wenig, mit Gefühlen von Ein- und Ausgrenzung angemessen umzugehen oder den Umgang mit diesen zu lernen. Manche Jugendliche finden in ihrem Umfeld nur wenig Erfahrungen von Responsivität. Sie erleben wenig, dass ihre Ideen gehört und in relevantes Handeln übersetzt werden. Zudem ist erkennbar, dass Menschen im Erwachsenenalter häufig zu wenig Möglichkeiten für diese Erfahrungen haben.

Bildung benötigt Demokratie – Demokratie braucht Bildung

Für ein Leben in einer Demokratie gilt es also, zum einen die relevanten Wissensbestände zu erwerben und zum anderen das beschriebene demokratische Ethos so zu erfahren, dass es möglich wird, dieses als Wert selber auszubilden. Bildung und Demokratie sind aufeinander angewiesen: Bildung braucht Demokratie und Demokratie braucht Bildung.

Bildung benötigt Demokratie. Um ein freier Mensch zu werden, autonom urteilen und handeln zu können, ist es nötig, Freiräume zu haben, in denen autonome Urteile (in pädagogisch geschützten Räumen) gebildet und geäußert werden, in denen man Gehör findet und selber handeln kann. Demokratiebezogene Bildung braucht vielfältige Entfaltungsmöglichkeiten, Freiräume und Experimentierwerkstätten. Sie ist auf Ermutigung und Vertrauen angewiesen. Diese Räume der Einübung sind im schulischen Kontext wichtig. Sie gehen aber weit über Schule und Unterricht hinaus. Mit- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten in der Jugendarbeit oder der kulturellen Bildung sind wichtige Erfahrungsfelder. Partizipationsräume und -möglichkeiten in Schule, Universität, beruflicher Bildung oder Weiterbildung, in Kommunen, Gemeinden oder Synoden sind von hoher Bedeutung. Solche Räume der Einübung sollten in allen Bereichen der Gesellschaft möglich und verfügbar sein. Diese anzubieten, ist auch eine Aufgabe der evangelischen Kirche (vgl. Kap. 3).

Demokratie braucht Bildung. Demokratiebezogene Kenntnisse, Überzeugungen und Fähigkeiten müssen gelernt werden. Die Aneignung von Einsichten und Haltungen des demokratischen Ethos erfordert Bildungsräume, die über den Klassenraum weit hinausgehen. Dies schließt die Identifikation mit menschenrechtlichen Werten und die Anerkennung des anderen ein. Es heißt, Perspektivenwechsel zu lernen und sich

in den anderen hineinzudenken bzw. deren Meinung zu hören. Es bedeutet ebenso, Toleranz zu üben, wo Übereinstimmung nicht gegeben ist, und zu lernen, die eigene Position wo notwendig schrittweise für Kompromisse zu verändern.

Demokratiebezogene Bildung heißt, Verantwortung zu übernehmen und sich einzubringen. Sie bedeutet, vernünftige Argumente auszutauschen, die die Reflexion der Gefühle anderer einbeziehen. Es geht darum, sich auf die Abschätzung der Folgen des eigenen Handelns für sich und andere einzulassen und das Gemeinwohl im Auge zu behalten. Ein mündiger Bürger, eine mündige Bürgerin tritt nicht nur für Eigeninteresse ein, sondern hat das Gemeinwohl im Blick und bemisst politische Entscheidungen daran. Mitdenken und Kritik sind gefragt. Deshalb ist es notwendig, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Diese Teilhabe wird jedoch nur dort gestärkt werden können,

- wo Menschen sich mit dem demokratischen Gemeinwesen identifizieren und sich zugehörig fühlen,
- wo auch eine emotionale Seite positiv angesprochen wird, die mit dem Eindruck einhergeht, gehört und anerkannt zu werden,
- wo Teilhabemöglichkeiten hinreichend responsiv sind,
- wo man sich mit den Herausforderungen der Digitalisierung auseinandersetzt und
- wo die drängenden Fragen der Menschheit nicht verdrängt werden, sondern Raum erhalten.

Es ist wichtig zu lernen, die unterschiedlichen Komponenten demokratiebezogener Werte miteinander in den Diskurs zu bringen: Die eigene Meinung sollte die Würde des anderen unangetastet lassen, und menschenrechtliche Prinzipien stehen immer an oberster Stelle. Kritik sollte konstruktiv sein und Entwicklung ermöglichen. Die Bewertung von Dingen sollte nicht die Personen mitmeinen. Kompromisse zu schließen und Lösungen zu finden, sind eine Kunst, die Hochachtung verlangt und nicht diffamiert werden darf.

3. Das Angebot: Religiöse Bildung in reformatorischer Tradition als Lebensform der Freiheit

Demokratiebezogene Bildung ist also Aufgabe aller Kräfte einer Gesellschaft und folglich auch eine Aufgabe der Kirchen. Religionen sind nicht per se demokratisch. Die Geschichte des Protestantismus im 20. Jahrhundert hat gezeigt, dass sich die Evangelische Kirche nicht immer in dem Maße für Demokratie eingesetzt hat, wie es nötig gewesen wäre. Auch zur Zeit zeigt es sich, dass Christ-Sein nicht automatisch gegen antidemokratische Strömungen immunisiert (vgl. Ahrens & Rebenstorf 2018). Wer eine exklusivistische Auffassung von Religion hat, ist eher demokratieskeptisch (Pickel 2019). Religion findet sich auch in einer extremen oder fundamentalistischen Ausprägung, die Anschluss an extreme politische Positionen finden lässt. Deshalb braucht Religion Bildung. *Religiöse Praxis ohne Bildung kann eine Gefahr für die Religion und die Demokratie darstellen.* Schließlich ist der Anschluss von Religion an Aufklärung, Wissenschaft, Meinungsvielfalt, hermeneutisches Quellenverständnis und plurale Lebensformen nicht immer selbstverständlich gegeben, sondern muss und muss diskursiv und argumentativ gelernt werden. Auch der Umgang mit den sich daraus ergebenden Ambivalenzen muss gelernt werden. *Der christliche Glaube an Gott ist eine zentrale Quelle freiheitlich-demokratischer Überzeugungen, wenn er sich in einem offenen Prozess kritisch-aufklärerischer Selbstreflexion sieht.* Gebildete Religion in reformatorischer Tradition kann zu einer demokratischen Haltung beitragen.

Demokratie in der Kirche

Die Reformation hat selbstkritisches Denken und demokratische Elemente in der Kirche gefördert. Der Gedanke vom Priestertum aller Gläubigen wurde zur Grundlage für synodale Strukturen. Die Reformation hat das Subjektsein des einzelnen Christenmenschen und seine Glaubensmündigkeit gestärkt; Bildung wurde als wichtiges Feld eigenverantwortlichen Glaubens etabliert. Mit dem Subjektsein des Einzelnen ist die Pluralität innerhalb der Kirche selbst als unhintergebares Faktum ernst zu nehmen und zu würdigen. Es ergibt sich bereits aus der Unhintergebarkeit solcher Pluralität in der Kirche die Aufgabe, diese nicht zu eliminieren, sondern zu gestalten und sie im Sinne des Reichtums der Gaben zu kultivieren (EKD 2014).

Die evangelische Kirche möchte und kann mit ihrer Bildungstradition und ihren zahlreichen Bildungseinrichtungen einen Beitrag zur demokratischen Bildung leisten. Ihre auf Mitbestimmung angelegte Kirchenstruktur eröffnet Teilhabemöglichkeiten von der Gemeindeebene bis in die Synoden und Vorstände der Verbände. Gleichzeitig ist die Kirche nicht nur eine Institution mit Teilhabemöglichkeiten, sondern eröffnet Räume der Begegnung, des politischen Engagements und der politischen Bewegung.

Die evangelische Kirche ist gesellschaftlicher Akteur auch in dem Sinne, dass sie das demokratische Ethos fördert, stützt, mitprägt und Räume bereitstellt, in denen gestritten, gemeinsames Beraten, Entscheiden und Handeln eingeübt und praktiziert werden kann. Die in der Demokratiedenkschrift der EKD aus dem Jahr 1985 beschriebene besondere Nähe zwischen dem Evangelium von Jesus Christus und der freiheitlichen Demokratie ist nach wie vor hoch relevant. Die Demokratie als politische Lebensform der Freiheit entspricht unter den Ordnungen des Politischen am ehesten der christlichen Berufung zu einem Leben in Freiheit und Gemeinschaft.

Nach dem reformatorischen Selbstverständnis bedarf es in der Kirche wie in der Gesellschaft steter kritischer Selbstreflexion; in einer auch religiös und weltanschaulich pluralen (Welt-)Gesellschaft ist Toleranz und – ökumenische wie interreligiöse – Zusammenarbeit gefordert. Die reformatorischen Kirchen verstehen sich als selbstkritische Lerngemeinschaft. Sie bemühen sich um Toleranz und verzichten auf einen Ausschließlichkeitsanspruch.

Das Entsprechungsverhältnis zwischen der im Glauben ermöglichten und verbürgten Freiheit des Glaubens und der politischen Freiheit lässt sich im Bekenntnis zu dem dreieinigen Gott auf dreifache Weise entfalten: Jeder Mensch ist (1) von Gott, dem Schöpfer, mit unverlierbarer Würde beschenkt und zu einem beziehungsreichen Leben in Gemeinschaft befähigt; deshalb ist jeder andere Mensch in seiner Würde als gleichberechtigt anzuerkennen. (2) Jeder Mensch ist in Jesus Christus, dem Versöhner, zu einem Leben in Freiheit berufen. (3) Jeder Mensch ist im Heiligen Geist, dem Vollender, in das erneuernde Handeln Gottes einbezogen und zur Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens aufgefordert. Diese tiefe Beziehung zwischen der Freiheit des Glaubens und der politischen Freiheit begründet für Christinnen und Christen eine Identifikation mit der demokratischen Ordnung und eine Mitverantwortung für ihre Ausgestaltung.

Religiöse Bildung und demokratiebezogene Bildung im Raum der Kirche

Religiöse Bildung ist damit auch ein Beitrag zur Demokratie. Religiöse Bildung schärft potenziell den Blick auf das Gemeinwohl und die Gottebenbildlichkeit aller Menschen. Sie führt zu letzter Bindung bei gleichzeitiger Freiheit und Pluralitätserfahrung. Gerade in Deutschland wurde seit der Reformation im Zusammenleben der Konfessionen diese Perspektive auf Bindung einerseits und Pluralität andererseits oft mühsam erarbeitet. Religiöse Bildung übt ein in den Perspektivenwechsel. Die Feindesliebe, die durch die gesamte Bibel hindurch sich ziehende Migrations- und Flüchtlingserfahrung und das Eintreten für den jeweils anderen sind starke Aufforderungen, sich selbst immer wieder im Perspektivenwechsel zu üben. Religiöse Bildung lehrt einen spannungsvollen Umgang mit der Heiligen Schrift und damit den sich immer wieder neu konkretisierenden Umgang der konkretisierenden Reflexion aktueller Lebenssituationen. Religiöse Bildung bietet Ankerpunkte und Ausdrucksmöglichkeiten für Emotionen, für Freude, Dank, Wut, Leiden, Angst und Trost. Sie ermöglicht reflektierte Furchtlosigkeit und das Gefühl letzten Angenommenseins bei gleichzeitiger Reflexion und Offenheit für Argumente. Religiöse Bildung erinnert an Schuld und kultiviert Erinnerung, sie reflektiert die eigene Fehlerhaftigkeit und die Korrigierbarkeit des Handelns. Sie erschließt die Formen christlicher Tradition, mit Schuld und Vergebung umzugehen. *Das Wesen religiöser Bildung beinhaltet also die Befähigung zur Selbstkritik und Selbstbegrenzung – aus dem Glauben an Gott, aus Gründen der Vernunft und gerade auch gegenüber der eigenen Wahrheitserkenntnis.* Religiöse Bildung kann ein Schutz gegen Ideologien sein. Religiöse Bildung, die im schulischen Religionsunterricht, in der Kinder- und Jugendarbeit, in Aktivitäten von Kirchengemeinden, der Evangelischen Erwachsenenbildung, in Verbänden oder Initiativgruppen ihren Ort hat, fördert Mündigkeit und ist ein wichtiger Beitrag zur Demokratiefähigkeit. Wo eine solche mündige Urteilsfähigkeit fehlt oder schwach ausgebildet ist, besteht die Gefahr, dass nur Eigeninteresse und Ideologisierungen die politischen Orientierungen bestimmen.

Gleichzeitig geht demokratiebezogene Bildung im Raum der Kirchen über religiöse Bildung hinaus. Daraus ergeben sich aber auch Prüffragen an die kirchliche Bildungspraxis:

- *Demokratisches Ethos:* Der christliche Glaube vermittelt Orientierungen und Werte, bei denen die Liebe zu Gott und dem Nächsten im Mittelpunkt stehen; im alltäglichen Umgang sollte Nächstenliebe auch im Verzicht auf üble Nachrede, biblisch

gesprächen »falsches Zeugnis« konkret werden. Kirchliche Bildungsarbeit bietet die Möglichkeit, sich intensiv mit Geboten sowie mit Fragen von Schuld und Vergeben auseinanderzusetzen. Die Kirche ist ein Raum für Engagement. Das Gebot der Nächstenliebe stellt diese diakonische Orientierung in den Mittelpunkt und lenkt den Blick auf die weltweite Dimension des Gemeinwohls im Kontext der Einen Welt, globaler Menschenwürde und der Einhaltung von Menschenrechten. Die vielfältigen Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements bieten dazu zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten.

- ➔ Wie können diese Themen im Religionsunterricht, in evangelischen Schulen, in der Konfirmandenarbeit, im Jugendverband, bei den Evangelischen Unternehmern und an anderen Stellen noch intensiver bearbeitet werden, so dass sie nicht als moralisierende Oberflächlichkeit, sondern als Wegweisung in komplexen Handlungsanforderungen reflektiert werden?

- *Identität und Zugehörigkeit:* Kirchliche Bildungsarbeit bietet die Möglichkeit, sich selbst zu finden, ohne dabei andere abwerten zu müssen. Sie ermöglicht Identität in ökumenischer Verbundenheit jenseits nationaler Zugehörigkeiten, kultureller Geschlossenheit und rassistischer oder paternalistischer Abwertung. Kirchengemeinden, Jugendverbände oder Kirchenchöre bieten vielfältige Möglichkeiten der Zugehörigkeit. Es werden Erfahrungsräume für das Christsein in der Globalität über Grenzen hinweg im interkonfessionellen und interreligiösen Dialog eröffnet und Begegnungen auf Augenhöhe möglich.
- ➔ Wie können Angebote, sich selbst in existenziellen Fragen zu begegnen, den eigenen Glauben zu finden und diesen über das Leben hinweg in verschiedenen Lebensalter immer wieder neu durchzubuchstabieren und zu entdecken, für unterschiedliche Zielgruppen noch weiter gestärkt werden? Wie können Angebote für den interreligiösen Dialog, in denen man Menschen anderer Glaubensüberzeugungen kennen- und wertschätzen lernen kann, weiter ausgebaut werden? Wie lassen sich Möglichkeiten zu ökumenischer Begegnung weiter stärken? Und wie lassen sich diese Angebote auch gerade für jene noch weiter öffnen, denen es nicht leichtfällt, sich derartige Erfahrungen selber zu erschließen?

- *Emotionalität und die Kraft des Arguments:* Kirchliche Bildungsarbeit eröffnet Gemeinschaftserleben, Musik, Tanz, emotionale Verbundenheit und Gemeinschaftsgefühl. Sie ermöglicht die Erfahrung von Konflikten und den Umgang mit diesen. Sie bietet emotionalen Halt und seelsorgerische Nähe. Sie schafft Distanz zum Alltag und gibt Raum für die Reflexion von Erfahrungen. Der Umgang mit der eigenen Emotionalität und mit Erfahrungen von Schönheit, Sanftheit, Nähe und Aufmerk-

samkeit, die gegen Hass und Wut stehen, werden ermöglicht wie auch die Erfahrung schöner Sprachlichkeit und bildreicher Lieder.

- Wie kann kirchliche Bildungsarbeit noch inklusiver und vielfältiger werden, um Menschen hinreichend eigene Ausdrucksformen zu ermöglichen? Wie können Räume eröffnet werden, um das zu formulieren, was nicht gelingt, was stört oder was nicht schön ist? Wie können Professionelle in der Kirche noch aufmerksamer werden, um Enttäuschungen, Trauer und Wut aufzufangen, zu reflektieren und seelsorgerisch zu begleiten?

Eine wissenschaftlich fundierte Bibelauslegung ist eine gute Basis, um die eigene Emotionalität mit der Kraft des Argumentes in den Dialog zu bringen. Kirchliche Bildungsarbeit, in der Gemeinde, auf Kirchentagen und in der Arbeit der Akademien, in der Konfirmandenarbeit, in der Jugendarbeit, in evangelischen Schulen und an anderen Orten eröffnen darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten der rationalen Argumentation.

- Werden diese beiden Aspekte – Emotionalität und die Kraft des Arguments – hinreichend reflektiert und transparent gemacht? Wie können in der Erwachsenenbildung Möglichkeiten, beides versöhnt und im Dialog zu thematisieren, weiter gestärkt werden?
- *Repräsentation und Teilhabe:* Die evangelische Kirche bietet vielfältige Lernräume öffentlicher (Mit-)Verantwortung. Kirchenvorstände, gemeindliche Projekte, Synoden und diakonische Arbeitsfelder bieten Möglichkeiten von Engagement und Mitverantwortung. Die kirchliche Jugendarbeit sieht sich selbst als »Experimentierfeld« gesellschaftlicher Teilhabe. Zudem erlaubt die Kirche im Kontext von Kirchentagen, in ihren Akademien und Diskussionszirkeln zahlreiche Möglichkeiten der Diskussion und Reflexion gesellschaftlicher Prozesse.
 - Wie können die Möglichkeiten der Teilhabe und der Mitgestaltung noch innovativer werden? Wie könnten noch mehr derjenigen eingebunden werden, die bisher in der Kirche stumm bleiben? Wo könnten stärker als bisher Losverfahren zur Beteiligung, Mandate für Jugendliche und andere Formate demokratischer Teilhabe intensiver genutzt werden? Wo könnten zudem digitale Möglichkeiten stärker einbezogen werden, um Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit denjenigen zu verbinden, die sie repräsentieren?
 - *Unmittelbarkeit und Geltung:* Die evangelische Kirche bietet vielfältige Möglichkeiten, sich mit gesellschaftlicher Wirklichkeit auseinanderzusetzen. Zeitungen und Zeitschriften wie Gemeindeblätter, Verbandszeitschriften, Sonntagszeitungen,

Chrismon, das Internetangebot von Gemeinden und kirchlichen Institutionen bieten neben Veranstaltungen in Gemeinden, Verbänden oder Akademien vielfältige Möglichkeiten der Information und der Meinungsbildung. Für den Umgang mit Geltung ist es von Bedeutung, in Medien die Kriterien der Recherche und der Beurteilung offen zu legen und so deren Gebrauch einzuüben. In der Diskussion mit Expertinnen und Experten kann exemplarisch sichtbar werden, wie der Einzelfall und persönliche Betroffenheiten gewürdigt, wie Fakten als solche generiert und empirisch gestützt werden und nach welchen Prinzipien beurteilt wird. Es wird sichtbar, wie der christliche Glaube zu einem Maßstab für Bewertung wird.

→ Wie können Möglichkeiten, die Sprachfähigkeit zu stärken und Bewertungskriterien transparent zu machen, noch intensiver im Raum der Kirche genutzt werden? Wie kann intensiver über den Glauben als Orientierung für gesellschaftliche Prozesse kommuniziert werden und das Internetangebot in dieser Hinsicht noch weiter ausgebaut werden?

■ *Konsequente Problembearbeitung statt Auf- und Verschiebung:* Kirchliche Arbeitsfelder bieten vielfältige Möglichkeiten, im Hinblick auf drängende Fragen des Klimaschutzes, der Integration von Flüchtlingen oder sozialer Gerechtigkeit Zeichen zu setzen und produktiv zur Bearbeitung der Herausforderungen im Gemeinwesen beizutragen. Dazu bedarf es der Priorisierung, des Mutens und der Phantasie. Solche Formen exemplarischer Problembearbeitung können dazu beitragen, gesellschaftliche Stagnation zu überwinden und Perspektiven aufzuzeigen. Sie tragen dazu bei, Zeichen der Hoffnung zu setzen und das Mögliche anzupacken. Sie bieten Möglichkeiten der Teilhabe und dienen als gesellschaftliches Experimentierfeld.

→ Könnten Kirchengemeinden, Verbände und Einrichtungen ihre Möglichkeiten, als Experimentierfeld für gesellschaftliche Lösungen zu dienen, noch intensiver nutzen? Könnten sie dabei noch mehr Teilhabemöglichkeiten bieten? Wie könnten Jugendliche und junge Erwachsene sowie Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten noch intensiver beteiligt werden?

Diese Möglichkeiten des Engagements in der Kirche ermutigen Christinnen und Christen, sich auch außerhalb der Kirche auf gesellschaftliche Aufgaben einzulassen und im Sozialraum Verantwortung zu übernehmen. Sie begründen kirchliche Bildungsangebote im gesellschaftlichen Raum und vielfältiges Engagement über den eigenen kirchlichen Horizont hinaus.

Gütemerkmale demokratiebezogener Bildung in evangelischer Verantwortung

Im Folgenden werden einige Gütemerkmale demokratiebezogener Bildung in evangelischer Verantwortung skizziert. Diese sind keineswegs erschöpfend und in den meisten Fällen auch nicht exklusiv evangelisch.

- Demokratiebezogene Bildung in evangelischer Verantwortung ist, so das erste Gütemerkmal, grundlegend *selbstreflexiv und sich daher ihrer Grenzen bewusst*. Es wäre naiv und in gewisser Hinsicht sogar gefährlich, aus der befreienden frohen Botschaft des Evangeliums allgemeingültige und alle Menschen bindende Grundsätze für politisches Handeln und demokratische Meinungsbildung abzuleiten. Weil der christliche Glaube aus evangelischer Sicht an das religiöse Subjekt gebunden ist, ist auch evangelische Mitverantwortung für demokratiebezogene Bildung im kritischen Sinne subjektorientiert. Sie basiert auf »selbstverantwortlicher Selbstprüfung, die Selbstreflexion voraussetzt« (EKD 2003, 61).
- Allerdings ist diese Perspektivengebundenheit nicht als Selbstzurücknahme misszuverstehen. Im Gegenteil: Demokratiebezogene Bildung in evangelischer Verantwortung zielt auf *reflektierte und artikulationsfähige Positionalität*. Solche Positionalität anzubahnen, ist eine Kernaufgabe religiöser Bildung. Insofern gilt: Wenn religiöse Bildung ihrem ureigenen Zweck nachgeht und Menschen dazu befähigt, mündig und kompetent mit überzeugungsbasierten Differenzen und unterschiedlichen Weltzugängen umzugehen, leistet sie bereits einen wichtigen Beitrag zu demokratiebezogener Bildung. Konfessionsübergreifende und interreligiöse Bildungsangebote können in diesem Kontext wichtige demokratiebezogene Lernprozesse initiieren.
- Gleichzeitig ergeben sich aus den bisherigen Überlegungen zum Zusammenhang von Demokratie, Bildung und Religion auch Entwicklungs- und Profilierungsperspektiven. Der Einflusszuwachs religiöser Fundamentalismen und die unerwartete Renaissance nationalistischer Ideologien belegen auf ihre Weise, dass in Zeiten globalisierter Unübersichtlichkeit das Bedürfnis nach (zu) einfachen Antworten zunimmt. Religiöse Bildung in Schule, Gemeinde und Gesellschaft sollte daher – im Sinne des sogenannten Kontroversitätsgebots des Beutelsbacher Konsenses (1976) – nicht weniger *komplex und auch kontrovers* angelegt sein, als sich Religion und Glaube in der heutigen Welt zeigen. Besonders kommt es darauf an, dass Teilnehmende an religiösen Bildungsangeboten lernen, ihre Ansichten und Sichtweisen *argumentativ zu unterfüttern*.

- Allerdings ist es mit der Förderung demokratiebezogener Reflexions- und Argumentationskompetenz alleine nicht getan. Die Komplexität der heutigen Welt ist für Menschen mit sehr konkreten Ohnmachtserfahrungen verbunden. Oft haben sie das Gefühl, bei Missständen nichts ausrichten oder bei Unrechtslagen nichts ändern zu können. Demokratiebezogene Bildung ist deshalb *in Erfahrungsvollzügen der lokalen Lebenswelt zu verankern und mit handlungsorientierten Zugängen zu verbinden*. Das aber bedeutet: Auch bei religiösen Bildungsprozessen gehen demokratiebezogene Bildung und globales Lernen Hand in Hand.
- Schließlich ist es für die Glaubwürdigkeit einer solcher Bildung unerlässlich, dass die angebahnten Bildungsprozesse in eine *demokratischen Lernkultur eingebettet sind*. Eine noch so gut strukturierte Religionsstunde zu demokratischer Partizipation wird wenig Wirksamkeit entfalten, wenn die Lehrkraft einen autoritären Unterrichtsstil pflegt oder keine kritischen Einwände duldet. Expertinnen und Experten, die ihre Expertise in autoritärer Weise als Machtposition missbrauchen, sind genauso wenig für Bildungsprozesse geeignet wie Veranstaltungssettings, in denen sich Menschen ausgegrenzt fühlen. Wie bereits angedeutet, sind an dieser Stelle nicht nur Einzelne, sondern Gemeinden und Kirchen als Ganze gefordert: Für eine demokratische Kultur im kirchlichen Kontext ist es beispielsweise nicht damit getan, für bestimmte Personengruppen Plätze in Gremien zu vorzusehen. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass ihre Stimme tatsächlich Gehör findet und Einfluss auf Prozesse gemeindlicher oder synodaler Meinungsbildung hat, gerade auch dann, wenn ihre Wortmeldungen unbequem sind oder dem Mainstream zuwiderlaufen.

Religiöse Lernorte und demokratiebezogene Bildung

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Die Kirche bietet eine Vielzahl an Möglichkeiten, in denen sich demokratiebezogene Bildung ereignen kann. Sie ermöglicht Prozesse der Anerkennung, der Wertschätzung, der Selbstzuordnung, der gesellschaftlichen Teilhabe und trägt so zur sozialen Kohäsion bei. Ein Impuls zu einer stärkeren Durchdringung des Verhältnisses von Demokratie, Bildung und Religion im Raum der evangelischen Kirche ist aber gleichzeitig ebenso notwendig. Noch mehr: Demokratiebezogene Bildung sollte als Grunddimension evangelischer Bildungsmitverantwortung verstanden werden, zu der alle im evangelischen Ethos begründeten Bildungsangebote einen eigenen Beitrag leisten. Deshalb sollten sich viele mit diesem Thema beschäftigen und es in ihrem jeweiligen Arbeitsfeld oder in der ehrenamtlichen Arbeit stark machen. Gemeindepädagoginnen und -pädagogen, Lehrkräfte, Bildungsrefe-

rentinnen und -referenten sowie Pfarrerinnen und Pfarrer und ehrenamtlich Tätige werden diese Anregungen mit vielen Ideen ihrerseits weiterentwickeln und an unterschiedlichen Bildungsorten weitere vielfältige Anregungen zur demokratiebezogenen Bildung geben können.

Es würde den Rahmen dieser Orientierungshilfe sprengen, ausführlicher auf die konkrete Gestaltung demokratiebezogener Bildung im Kontext kirchlichen oder zumindest religiös dimensionierten Bildungshandelns einzugehen. Doch soll an dieser Stelle zumindest das eine oder andere Fenster für einen Ausblick geöffnet und gleichzeitig auf das hingewiesen werden, was schon gut gelingt:

Im Bereich der *Elementarbildung* wird angesichts der fortschreitenden religiös-weltanschaulichen Pluralisierung die Frage diskutiert, ob und in welchem Maße interkulturelle und interreligiöse Bildung eine Aufgabe von Kindertageseinrichtungen ist. Manche plädieren dafür, die religiöse Bildungsdimension aufgrund ihrer Partikularität und potenziellen Strittigkeit ganz aus der frühkindliche Erziehung auszuklammern. Aus der Perspektive demokratiebezogener Bildung wäre das freilich kontraproduktiv. Denn für viele Kinder sind Kindertageseinrichtungen der erste Ort, in dem sie auch dauerhaft mit Kindern zusammen sind, die kulturell oder religiös anders geprägt sind als sie selbst. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Kinder durchaus in der Lage sind, kompetent mit überzeugungsbasierten Differenzen umzugehen. Deutlich wird aber auch: Sie brauchen dafür die Unterstützung und Förderung durch für diese Aufgabe professionalisierte Erwachsene. In vielen Kindertageseinrichtungen werden dazu schon vielfältige Modelle erprobt, und dieses Thema findet in der Ausbildung von Professionellen häufig schon besondere Aufmerksamkeit.

Die Schule ist sicherlich das klassische Feld demokratiebezogener Bildung. Auch wenn es dafür durchaus auch eigene Fachangebote gibt, lässt sich diese Aufgabenperspektive am angemessensten als Querschnittdimension konzeptualisieren, zu der auch der *Religionsunterricht* beitragen kann und sollte. Sein diesbezügliches Potenzial tritt besonders klar zutage, wenn man ihn als einen Lernraum versteht, in dem Öffentlichkeit eingeübt wird – verstanden als eine diskursive Praxis, in der verständigungsorientiert um die Grundlagen gemeinsamen Lebens und Handelns gerungen wird. Freilich steigt die Wirksamkeit demokratiebezogener Bildung beträchtlich, wenn diese über den Unterricht hinaus im Schulleben manifest wird. Umso erfreulicher ist es, dass viele *evangelische Schulen* politische Bildung und Demokratie zu einem Schwerpunkt der Schulentwicklung gewählt haben.

In wiederum eigener Weise kann auch die *Konfirmandenarbeit* zur Bildung für die demokratische Zivilgesellschaft beitragen. Ein Beispiel dafür: In den letzten Jahren ist die Konfirmandenarbeit zu einem bedeutenden Ort ehrenamtlichen Engagements evangelischer Jugendlicher geworden. Deutschlandweit arbeiten mehr als 60.000 junge Teamerinnen und Teamer freiwillig in der Konfirmandenarbeit mit. Empirische Studien zeigen, dass sie ihr Engagement in vielfältiger Weise als »Empowerment« erleben. Unter demokratiebezogener Perspektive stellen die hier implizit präsenten Exklusionsmechanismen eine Herausforderung dar: Ein beträchtlicher Teil derer, die nach der Konfirmandenarbeit nicht als Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter tätig waren, gibt als Grund dafür an, dass sie niemand gefragt habe.

Im Kontext evangelischen Bildungshandelns ist die *Jugendarbeit* aufgrund ihres auf Autonomie, Partizipation und Selbstwirksamkeit abzielenden Selbstverständnisses schon seit Längerem ein Aktivposten demokratiebezogener Bildung. Dabei verdient die Frage verstärkte Aufmerksamkeit, wie dieser Schwung breiter in die gemeindliche und kirchliche Wirklichkeit hineinwirken kann.

In besonderer Weise bekundet sich die Multidimensionalität demokratiebezogener Bildung in der *Erwachsenenbildung*. In den letzten Jahren ist demokratiebezogene Bildung verstärkt in den Fokus von Bildungswerken und Evangelischen Akademien gerückt. Allerdings reicht das Potenzial dieser Einrichtungen weit über die thematische Ebene hinaus. Es kommt besonders dann zur Geltung, wenn sich diese Einrichtungen bewusst und wahrnehmbar in die lokale Zivil- und Bürgergesellschaft hinein vernetzen und aktive Player in der regionalen Bildungslandschaft sind. Dem Zusammenspiel der einzelnen Lernorte einerseits und religiöser und nicht-religiöser Bildungsträger andererseits kommt entscheidende Bedeutung zu. Es geht also darum, im Sinne kooperativer Bildungsmitverantwortung für das demokratische Gemeinwesen seinen Teil beizutragen.

4. Evangelisch für Demokratie – sieben Thesen

- Glaube ist keine Sache zwischen Couch und Kirchenbank. Es ist vielmehr »eine lebendige, verwegene Zuversicht auf Gottes Gnade [...]«, die »fröhlich, mutig und voll Lust zu Gott und allen Geschöpfen« macht (Luther). Darum: Engagier Dich für unsere Demokratie. Es ist an der Zeit!
- Politik ohne religiöse Bildung verwechselt allzu schnell Gott und Mensch und glaubt, die »Welt« retten zu müssen. Darum: Setz Dich ein für unsere Demokratie, konkret, klug, praktisch – im Vertrauen darauf, dass der Rest Gottes Sache ist.
- Christlicher Glaube hilft, demokratisch zu streiten. Er lehrt, dass man selber immer wieder irrt. Und er erinnert daran, dass der Andere stets mehr als ein politischer Gegner ist. Darum: Kämpfe leidenschaftlich für unsere Demokratie gegen alles, was sie gefährdet – aber nie gegen Menschen.
- Zur Demokratie gehört, dass jeder gleiche Rechte hat und niemand zu große Macht irgendeiner Art. Dass alle sozial teilhaben, ihre Meinung frei sagen und ihren Glauben leben können. Dies sind zugleich zutiefst protestantische Ideen. Darum: Wehre allen, die diese Rechte beschneiden – für Dich oder andere.
- Demokratie ist schön und anstrengend: die Kunst, beharrlich dicke Bretter zu bohren und immer wieder neu fair miteinander zu streiten. Das braucht Zeit und Besonnenheit und Hoffnung. So, wie der Glaube. Darum: Sei demokratisch mit brennender Geduld und protestantischer Nüchternheit – und widersprich tapfer allen, die Wahrheiten willkürlich verbiegen.
- Im Glauben erscheint die Welt im Licht der Ewigkeit Gottes. Das rückt manche politischen Fragen heilsam zurecht. Und weitert den Blick über den heimeligen Teller- rand, dass alles Leben Teil von Gottes Schöpfung ist. Darum: Gestalte unsere Demokratie mit, damit andere dies auch erfahren.
- Der Glaube lebt von den großen Verheißungen Gottes, dass einmal kein Leid, kein Krieg, keine Tränen mehr sein werden. Dass dies geschieht, liegt nicht in unserer Hand. Dennoch sollten wir uns bemühen, Gott mehr Hilfe als Hindernis zu sein. Darum: Steh auf für eine demokratische, gerechte Gesellschaft – damit keiner verloren geht und jede eine Stimme hat.

Literatur

- Abs, Hermann Josef & Hahn-Laudenberg, Katrin (Hrsg.) (2017): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster.
- Ahrens Petra-Angela & Rebenstorf, Hilke (2018): Rechtspopulismus unter evangelischen Christen – empirische Befunde der Kirchen- und Religionssoziologie, in: Zeitschrift für Evangelische Ethik, 62. Jg., S. 183–199.
- Kirchenamt der EKD (Hrsg.) (1985): Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloh.
- Kirchenamt der EKD (Hrsg.) (2003): Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft. Eine Denkschrift. Gütersloh.
- Kirchenamt der EKD (Hrsg.) (2014): Religiöse Orientierung gewinnen. Evangelischer Religionsunterricht als Beitrag zu einer pluralitätsfähigen Schule. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloh.
- Kirchenamt der EKD (Hrsg.) (2017): Konsens und Konflikt. Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland. Hannover.
- Merkel, Wolfgang (2016a): Bruchlinien. Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie, in: WZB Mitteilungen, Heft 154, S. 11–14. Online verfügbar unter <https://www.wzb.eu/publications/wzb-mitteilungen/nr-154-offen-abgeschottet>, zuletzt geprüft am 13.08.2018.
- Merkel, Wolfgang (2016b): Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 66. Jg., S. 4–11.
- Mishra, Pankaj (2017): Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart. Unter Mitarbeit von Laura Su Bischoff und Michael Bischoff. Frankfurt/Main.
- Möllers, Christoph (2012): Demokratie – Zumutungen und Versprechen. 3. Aufl. Berlin (Politik bei Wagenbach, Bd. 1).
- Pickel, Gert (2019): Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie. Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt, Religionsmonitor. Gütersloh.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin.
- Scheunpflug, Annette (2019): Bildung in der politischen Bildung – didaktische Herausforderungen, in: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, 10. Jg., S. 112–123.
- Stalder, Felix (2016): Kultur der Digitalität. Frankfurt/Main.

Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend

Professorin Dr. Yvonne *Anders*, Berlin
Geschäftsführerin Andrea *Bartl*, Mainz
Doris *Beneke*, Berlin (ständiger Gast)
Fraktionsvorsitzender Ulrich *Commerçon*, Saarbrücken
Generalsekretär Mike *Corsa*, Hannover (ständiger Gast)
Professor Dr. Michael *Domsgen*, Halle
Oberkirchenrat Klaus *Eberl*, Düsseldorf
Professor Dr. Rüdiger *Gebhardt*, Kassel
Minister a. D. Prof. Dr. Jens *Goebel*, Schmalkalden
Professor Dr. Wolfgang *Ilg*, Ludwigsburg
Diplomphysikerin Henriette *Labsch*, Magdeburg
Akademiedirektor Dr. Thorsten *Latzel*, Frankfurt/Main
Rektorin PD Dr. Silke *Leonhard*, Loccum
Professor Dr. Gordon *Mitchell*, Hamburg
Oberstudiendirektorin Dr. Gabriele *Obst*, Nordhorn
Oberkirchenrat Matthias *Otte*, Hannover (Geschäftsführer)
Professorin Dr. Uta *Pohl-Patalong*, Kiel
Direktor Prof. Dr. Thomas *Rauschenbach*, München
Professorin Dr. Sabine *Reh*, Berlin
Professorin Dr. Annette *Scheunpflug*, Bamberg (Vorsitzende)
Dozentin Dr. Isabel *Schneider-Wölfinger*, Kassel
Direktor Dr. Peter *Schreiner*, Münster (ständiger Gast)
Professor Dr. Bernd *Schröder*, Göttingen (Stellv. Vorsitzender)
Oberkirchenrätin Dr. Birgit *Sendler-Koschel*, Hannover (ständiger Gast)
Professor Dr. Henrik *Simojoki*, Berlin
Torben *Stamer*, Hannover (Wiss. Mitarbeiter)
Dr. Martina *Steinkühler*, Regensburg

AG Demokratiebezogene Bildung

Geschäftsführerin *Andrea Bartl*, Mainz

Fraktionsvorsitzender *Ulrich Commerçon*, Saarbrücken

Generalsekretär *Mike Corsa*, Hannover

Akademiedirektor *Dr. Thorsten Latzel*, Frankfurt/Main

Militärdekan *Dr. Roger Mielke*, Bonn

Oberkirchenrat *Matthias Otte*, Hannover

Professorin *Dr. Sabine Reh*, Berlin

Professorin *Dr. Annette Scheunpflug*, Bamberg (Leitung)

Direktor *Dr. Peter Schreiner*, Münster

Professor *Dr. Henrik Simojoki*, Berlin

Torben Stamer, Hannover (Geschäftsführung)

Demokratie beginnt viel früher als mit dem Kreuz auf dem Wahlzettel. Sie ist in der Gesellschaft vielfältig verankert und kann schon sehr früh erfahren und geübt werden.

Die evangelische Kirche hat durch ihre demokratische Verfasstheit, durch ihr hohes zivilgesellschaftliches Engagement und das reformatorische Verständnis der Gleichheit aller Menschen vor Gott gute Voraussetzungen, in und mit ihrer Bildungsarbeit Demokratie zu leben und erlebbar zu machen.

Der EKD-Text der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend zeigt Zusammenhänge von Demokratie, Bildung und Religion auf. Gleichzeitig bietet er Verantwortlichen in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung konkrete Fragen für die Reflexion ihrer Praxis.